

Leitlinie

zur effizienten und umweltverträglichen

Landwirtschaftlichen Wildwiederkäuferhaltung



Impressum

Herausgeber: Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft
Naumburger Str. 98, 07743 Jena
Tel.: 03641 683-0, Fax: 03641 683-390
Mail: pressestelle@tll.thueringen.de

Autoren: Bernd Kästner (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft)
Michael Schmidt (Veterinär-u. Lebensmittelüberwachungsamt Weimarer Land)
Carsten Weiß (Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz)
Petra Schache (Landratsamt Gotha, UNB)
Hans-Joachim Schmidt (Thüringer Landesverwaltungsamt Weimar)
Uta Maier (Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft)

Foto auf Titelseite: B. Kästner

Juni 2015

3. Auflage 2015

Copyright:

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen und der foto-mechanischen Wiedergabe sind dem Herausgeber vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis

1	Marktsituation	4
1.1	Absatzchancen und Qualitätsanforderungen	4
1.2	Vermarktungswege/-strategien und Preisbildung	5
1.3	Agrarpolitische Rahmenbedingungen.....	6
2	Standortansprüche	6
2.1	Naturschutzrecht	6
2.2	Wasserrecht	8
2.3	Forstrecht	8
2.4	Baurecht.....	8
2.5	Anzeigeverfahren nach Tierschutzrecht	8
3	Produktionsverfahren	9
3.1	Zucht.....	9
3.2	Haltung	10
3.3	Fütterung.....	12
3.4	Tiergesundheit	14
3.5	Abprodukte	15
3.6	Dokumentation.....	15
3.7	Fleischvermarktung	15
4	Verfahrensbewertung	20
4.1	Verfahrensökonomie	20
4.2	Tiergerechtheit und Umweltverträglichkeit.....	22

1 Marktsituation

Die landwirtschaftliche Wildwiederkäuerhaltung ist ein extensiver, nachhaltiger und auf Gewinn zielender landwirtschaftlicher Produktionszweig in dem Dam-, Rot-, Sika- und Muffelwild mit dem vorrangigen Ziel der Fleischerzeugung und der Landschaftspflege tiergerecht gehalten werden.

Die Leitlinie ist die Grundlage für die Errichtung, Erweiterung und das Betreiben einer landwirtschaftlichen Wildwiederkäuerhaltung in Thüringen. Sie beschreibt die einzuhaltenden Anforderungen des Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutzes sowie der Landwirtschaft.

Sie entstand auf der Grundlage aktueller Rechtsvorschriften in Tierschutz, Naturschutz, Bau, Fleisch- und Lebensmittelhygiene, Tierseuchenbekämpfung und dem Arzneimittelverkehr unter Einbeziehung des vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) am 07.05.2014 herausgegebenen „Gutachten über die Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren“ und Ergebnissen im Rahmen des Thüringer Informationssystems Wildhaltung.

Die tier- und umweltgerechte Gehegehaltung von Wildwiederkäuern auf Grünlandflächen ist in Deutschland und speziell in Thüringen ein kleiner aber mittlerweile etablierter Produktionszweig in der Landwirtschaft. Die rasante Entwicklung erreichte 2008 ihren Höhepunkt mit leicht negativem Trend in den vergangenen Jahren. 2014 produzierten 266 Thüringer Wildbetriebe auf 1 090 ha Gatterflache mit über 4 928 adulten weiblichen Zuchttieren Dam-, Rot-, Sika- und Muffelwild Wildfleisch. Die landwirtschaftliche Wildwiederkäuerhaltung in der Verantwortung von fach- und sachkundigen Landwirten leistet im Rahmen der tiergebundenen Pflege von frei werdenden Grünlandflächen einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft. Als landwirtschaftliche Marktnische stellt die Wildwiederkäuerhaltung eine ausbaufähige Einkommensalternative in der Landwirtschaft dar und eignet sich für alle betrieblichen Rechtsformen.

1.1 Absatzchancen und Qualitätsanforderungen

Der geringe Selbstversorgungsgrad, die naturnahe Produktion sowie die Frische und Qualität sprechen für gute Absatzchancen des erzeugten Wildfleisches. Bei einem Thüringer Gesamtaufkommen (2013/14) von ca. 7 725 dt Jagdgewicht Wildfleisch (Dam-, Rot-, Sika-, Muffel- und Rehwild) beträgt der Gehegeanteil mit 1 285 dt Jagdgewicht Wildfleisch gegenwärtig 14,3 %. Dieser Anteil wird sich bedingt durch zurückgehende Gehegewildbestande und ein zunehmendes Jagdaufkommen in den nächsten Jahren weiter verringern.

Die Konkurrenz auf dem Wildfleischmarkt ist nicht das Wildbret aus der Jagd, sondern die ständig steigenden Importe aus Übersee und Osteuropa. Bestehen können die deutschen Wildhalter nur wenn sie nach dem Motto „Klasse statt Masse“ produzieren und vermarkten. Seit mehreren Jahren nutzen ca. 15 Wildbetriebe das Qualitätszeichen „Geprüfte Qualität aus Thüringen“ für Schlachtkörper und Teilstücke von im Gehege gehaltenen Wildwiederkäuern in der Vermarktung. Der vorwiegende Ab-Hof-Verkauf von 85 % der Schlachttiere kurz vor Weihnachten unterstreicht den starken regionalen und saisonalen Charakter des Wildfleischverkaufs.

Dabei gehen die Jungtiere (Spieer, Schmaltiere) vorzugsweise in den Frischfleischverkauf und die selektierten Alttiere und Hirsche werden zu hochwertigen Wurst- und Schinkenprodukten verarbeitet. Mit der Einführung der pH-Wertmessung an den Schlachtkörpern können objektive Daten zur stressfreien Tötung und optimalen Reifung von Gehegewild erhoben werden. Die Vermeidung von Stress vor und während des Schieens garantiert eine normale Glykolyse. Diese wiederum fördert die Milchsäurebildung und führt zur pH-Wertabsenkung innerhalb von 12 Stunden auf den optimalen und während der Reifezeit gleich bleibenden Endwert von ca. 5,4. Damit verbunden sind antibakterielle Effekte und enzymatische Prozesse, die die Zerlegung von Myofibrillen und Kollagen fördern. Ein ca. 3-tägiges Abhängen der Schlachtkörper nach dem Töten bei einer Temperatur zwischen 2 und 6° C wirkt sich positiv auf die Zartheit des Fleisches, das Wasserhaltevermögen und die Bildung von Geschmackstoffen aus.

Ein weiteres objektives Prüfkriterium ist die Klassifizierung der Wildschlachtkorper nach Fleisch- und Fettklasse. Angestrebt wird eine Fleischigkeitsklasse von 1 bis 2 und in Abhängigkeit vom Geschlecht eine Fettklasse von 1 bis 3. Schlechtere Einstufungen sind mit Qualitäts- und Rentabilitatsverlusten verbunden und deuten auf Managementfehler hin. Neben dem betrieblichen Vergleich mit den Richtwerten ermöglicht die Klassifizierung eine objektive Preisbildung.

1.2 Vermarktungswege/-strategien und Preisbildung

Von den produktionswirksamen Jungtieren werden ca. 85 % als Fleisch vermarktet. Bei einer durchschnittlichen Reproduktionsrate der letzten fünf Jahre von 13 % beträgt die Nutzungsdauer der Alttiere 7 bis 8 Jahre. Der minimale Zuchtstierverkauf mit 1 bis 2 % der anfallenden Jungtiere ist ein Spiegelbild der stagnierenden Wildhaltung.

Mit der Umsetzung des EU-Lebensmittelrechtes haben sich die Anforderungen an die wildfleischvermarktenden Betriebe geändert. In Abhängigkeit von Vermarktungsumfang, regionaler Ausbreitung, den Haltungsbedingungen und der Gewerbsmäßigkeit bildeten sich in Thüringen die nachfolgenden Kategorien heraus:

- Zugelassener Schlachtbetrieb
- Zugelassener Schlachtbetrieb mit geringem Produktionsvolumen
- „unter ähnlichen Bedingungen lebend wie frei lebendes Wild“
- Eigenverbrauch

Die Hälfte der Wildbetriebe hält das Wild nur zum Eigenverbrauch, fast 40 % produziert Wildfleisch in zugelassenen Schlachtstätten und ca. 10 % hält und vermarktet „unter ähnlichen Bedingungen lebend wie frei lebendes Wild“.

Der „Eigenverbrauch“ ist vorwiegend in den kleineren Gehegen (< 3 ha) mit geringer Tierzahl anzutreffen. Damit dominiert mit einem Anteil von 80 % der Schlachttiere der „zugelassene Schlachtbetrieb“ und die Haltungsform „unter ähnlichen Bedingungen lebend wie frei lebendes Wild“ in den größeren Gehegen.

Über 80 % des produzierten Wildfleisches wird Ab-Hof bzw. auf Märkten mit einem hohen Preisniveau direktvermarktet. Zusätzlich beliefern größere Wildbetriebe Fleischereien und gastronomische Einrichtungen mit ganzen Schlachtkörpern zu geringeren Preisen.

Tabelle 1: Preise (Direktvermarktung, Teilstückzerlegung) der Referenzbetriebe 2014

Teilstück (Dam-, Rot-, Sikawild)	Durchschnitt (€/kg)	Obere Hälfte (€/kg)
Keule mit Knochen	12,53	13,65
Rücken mit Knochen	13,25	15,04
Vorderblatt mit Knochen	8,61	9,50
Keule ohne Knochen	14,98	16,21
Rücken ohne Knochen	19,32	21,79
Vorderblatt ohne Knochen	11,89	13,21
Erlös je kg Schlachtkörpergewicht (fettkorrigiert)	9,80	10,76
Erlös je Damwildspieß (25 kg)	243	269
Erlös je Rotwildkalb (35 kg)	343	377

Zur Stabilisierung des Wildfleischabsatzes sind neben stärkeren Marketingmaßnahmen für die Direktvermarktung neue Märkte zu erschließen.

Eine mögliche Voraussetzung dafür sind Vermarktungsgemeinschaften, die Wild nach einheitlichen Kriterien vermarkten sowie größere einheitliche Partien anbieten können. Die Basis dafür kann das Qualitätszeichen „Geprüfte Qualität aus Thüringen“ (GQAT) für Schlachtkörper und Teilstücke von im Gehege gehaltenen Wildwiederkäuern sein, welches eine umwelt- und tiergerechte Haltung sowie hohe Standards in der Vermarktung dokumentiert.

Die Bildung einer funktionierenden Erzeugergemeinschaft für Gehegewild scheidet momentan noch an den relativ guten Absatzmöglichkeiten und Preisen des Wildfleisches über die Direktvermarktung. In der Vermarktungssaison 2014 wurden im Durchschnitt der 15 Referenzbetriebe 9,80 €/kg Schlachtkörpergewicht erzielt. Die Betriebe mit dem höheren Preisniveau realisierten über 10,76 €/kg. Damit konnten 2014 für einen Damwild-Spieß (25 kg) in Teilstückzerlegung zwischen 243 und 269 € und für ein Rotwildkalb (35 kg) zwischen 343 und 377 € Erlös werden (Tab. 1). Bei den Betrieben mit Preisen in der oberen Hälfte stiegen die Erlöse um 10 %. In Wildgehegen mit mehreren Wildarten gibt es bei der Preisbildung keine Unterschiede zwischen Dam-, Rot- und Sikawild. Die Preisabstufungen vom ganzen Schlachtkörper über Teilstücke mit Knochen bis zum Rückenfilet können anhand von Zerlegeprotokollen plausibel kalkuliert werden.

1.3 Agrarpolitische Rahmenbedingungen

Mit der Neuausgestaltung der EU-Agrarpolitik im Rahmen der GAP für den Zeitraum 2014 bis 2020 beginnt eine Periode, die im Wesentlichen die Unterstützung der Landwirte durch Direktzahlungen (Säule 1) und die Förderung des ländlichen Raumes (Säule 2) beinhaltet. Die Eckpunkte der neuen gemeinsamen Agrarpolitik werden in den folgenden vier EU-Grundverordnungen sowie in nationalen Rechtsnormen (Umsetzungsentscheidungen) geregelt:

- Gemeinsame Regelungen für Direktzahlungen an Landwirte im Rahmen der GAP
- Gemeinsame Marktordnung
- Ländliche Entwicklung ELER
- Finanzierung, Durchführung und Überwachung der GAP (einschließlich Cross Compliance)

In der ersten Säule wird die bisherige Betriebsprämie durch eine Basisprämie sowie an weitere Voraussetzungen geknüpfte Zahlungen ersetzt.

Basis der Zahlung sind die Zahlungsansprüche, die den aktiven Landwirten 2015 für ihre beihilfefähigen Flächen neu zugewiesen werden. Voraussichtlich ab 2019 gibt es eine bundeseinheitliche Basisprämie (ca. 175 €/ha).

Ergänzt wird diese um die Ökologisierungskomponente (Greening Prämie) von ca. 85 €/ha, deren Zahlung die Einhaltung von Greening Auflagen voraussetzt. Bei Nichteinhaltung dieser Auflagen greift ein Sanktionsmechanismus, der ab 2017 den Betrag der Greening-Prämie übersteigen kann.

Alle Betriebe erhalten einen Zuschlag für die ersten 46 Hektare (für die ersten 30 ha 50 und für weitere 16 ha 30 €/ha).

Den Junglandwirtzuschlag (ca. 44 bis 45 €/ha für bis zu 90 ha) erhalten Landwirte bis zum vollendeten 40. Lebensjahr mit entsprechender Ausbildung für fünf Jahre nach erstmaliger Niederlassung.

Zudem besteht die Möglichkeit die Kleinlandwirterregelung (bis max. 1 250 €/Betrieb) in Anspruch zu nehmen. Solche Betriebe werden von den Regelungen zu Cross Compliance und Greening befreit.

Da die Mehrzahl der Wildbetriebe im Nebenerwerb mit einer Fläche unter 30 ha wirtschaftet, ist für diese Landwirte mit einer durchschnittlichen Direktzahlung (Basisprämie, Greening, Zuschlag ersten Hektare) in Höhe von ca. 310 €/ha zu rechnen.

Die zweite Säule beinhaltet u. a. Flächenzahlungen im Rahmen der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete und Agrarumweltmaßnahmen (z. B. KULAP). Die Zahlung der Ausgleichszulage erfolgt in Abhängigkeit der Kriterien LVZ und dem Hauptfutterflächenanteil des Betriebes bis 2017 in der aktuellen Kulisse für benachteiligte Gebiete. Dort sind Zahlungen zwischen 30 bis 195 €/ha LF zu erwarten. Diese unterliegen einer degressiven Kürzung in Stufen. Betriebe bis 300 ha sind von der Degression freigestellt. Die Zahlungen der Betriebe mit 300 bis 600 ha LF werden mit 6 % und ab 600 ha LF mit 12 % degressiv gekürzt. Die Zahlungen zur Ausgleichszulage erhalten Betriebe mit einer Mindestfläche von 3 ha LF. Das KULAP 2014 unterstützt u. a. die Erhaltung des artenreichen Grünlandes und Biotopgrünlandes sowie den Ökolandbau.

Bei der Haltung von Wildwiederkäuern in Gattern können die Programme zur Erhaltung pflanzengenetisch wertvoller Grünlandvegetationen durch den Nachweis von festgelegten Kennarten in Anspruch genommen werden.

In den Programmen zur Beweidung von Biotopgrünland sind Wildwiederkäuer ausgeschlossen. Lediglich die Inanspruchnahme der Maßnahmen zur Mahd von Biotopgrünland ist bei einem vorhandenen Kulissenbezug auch durch wildhaltende Betriebe möglich.

2 Standortansprüche

2.1 Naturschutzrecht

Eingriffe in Natur und Landschaft

Die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung im engeren Sinne, zu der mittlerweile auch die (ausschließlich) erwerbsmäßige landwirtschaftliche Wildtierhaltung auf geeigneten Weideflächen gezählt wird, ist per Gesetz grundsätzlich nicht als Eingriff anzusehen. Voraussetzung ist, dass die im Rahmen der in § 5 Abs. 2 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) genannten Anforderungen an die „Gute fachliche Praxis“ und damit die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege berücksichtigt werden. Insofern kommt es neben der Flächenauswahl entscheidend auf die Anordnung und Gestaltung

notwendiger baulicher Anlagen wie Witterungsschutz und Zäune an, ob die pauschale Regelfallvermutung - Eingriff oder Nichteingriff - im Einzelfall tatsächlich zutreffend ist.

Über die Eingriffsregelung hinaus sind grundsätzlich die bestehenden Regelungen zum Schutz von besonders geschützten Gebieten, Objekten und Biotopen gemäß §§ 23 bis 30 BNatSchG sowie die einschlägigen Artenschutzbestimmungen zu beachten.

Standortwahl und Einrichtung eines Geheges

Bei der Einrichtung und Betreibung landwirtschaftlicher Wildgehege ist das strikte Gebot der Eingriffsregelung zur Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu beachten. Durch entsprechende Einordnung der Gehege, eine geeignete Ausführung von Zaunanlage, Unterständen, ggf. Bepflanzungen wie z. T. im Punkt 3.2. dargestellt, werden sich die spezifischen Wirkungen von Wildgehegen in Bezug auf die Frage des Eingriffstatbestandes regelmäßig unter der Erheblichkeitsschwelle halten lassen. Dies trifft letztendlich auch auf die Wirkung von Zäunen zu, durch die der freie Zugang des Menschen und anderer Wildtiere zu Wald, Flur und Gewässer behindert wird. Die Einzäunung muss dem Landschaftsbild und dem Gelände angepasst sein. Zulässig sind ausschließlich die in der Landwirtschaft üblichen offenen Einfriedungen. Soweit erforderlich ist die Einzäunung durch Eingrünungsmaßnahmen in das Landschaftsbild einzubinden. Dabei kann im Einzelfall auch eine Bepflanzung außerhalb der Einzäunung notwendig sein. Ist das Gehege frei einsehbar, ist auch eine eventuell zu errichtende bauliche Anlage (Schutzhütte, Fangstand) dem Landschaftsbild und dem Gelände anzupassen. Maßnahmen, die die Gestalt oder Nutzung einer Fläche wesentlich ändern, wie z. B. Aufschüttungen und Geländeregulierungen, die Intensivierung einer bisher extensiven Nutzung, die Umnutzung von Wald oder naturschutzfachlich hochwertigen Mähwiesen in Weideland, zählen nicht zur grundsätzlich von der Eingriffsregelung freigestellten ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bodennutzung. Es empfiehlt sich daher unbedingt in jedem Einzelfall bei der Auswahl der Flächen für die Haltung von Wildwiederkäuern bzw. vor der Ausführung einer geplanten wesentlichen Änderung eines bestehenden Geheges die örtlich zuständige untere Naturschutzbehörde einzubeziehen. Nur so kann frühzeitig geklärt werden, ob die Verwirklichung des Vorhabens eine Nutzungsänderung/-intensivierung darstellt, die mit Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft verbunden ist. Auf bislang intensiver bzw. der beabsichtigten Wildtierhaltung vergleichbar genutzten Flächen wird dies kaum zutreffen. Auf extensiv genutztem Grünland/Mähwiesen, Hutungen oder Brachen kann dies jedoch häufig der Fall sein. Derartige Konsultationen ermöglichen zudem in einschlägigen Fällen eine Abstimmung von Einrichtung und Besatz des Geheges mit spezifischen naturschutzfachlichen Pflegeanforderungen im Sinne eines wertvollen landschaftspflegerischen Beitrages der Landwirtschaft. Grundsätzlich geeignete Standorte sind Wiesen und Weiden. In Frage kommen auch Grünlandflächen, die aus Gründen der ungewollten Verbuschung freigehalten werden sollen und keine herausragende ökologische Bedeutung besitzen.

Befinden sich innerhalb von Gehegen an grundsätzlich geeigneten Standorten ökologisch wertvolle Landschaftsbestandteile wie z. B. Nass- und Feuchtflächen, Kleingewässer, erhaltenswerte Gebüsche oder Einzelbäume, so sind diese vor Beeinträchtigungen zu schützen.

Die Eignung von Grünland in Schutzgebieten und Natura 2000-Gebieten kann durch Schutzgebietsverordnungen oder bestimmte Erhaltungsziele eingeschränkt, ausgeschlossen oder unter Genehmigungsvorbehalt gestellt sein.

Grundsätzlich ungeeignete Standorte sind:

- Naturschutzgebiete, der Nationalpark Hainich, Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Gebiete), Europäische Vogelschutzgebiete, Naturdenkmäler, Flächennaturdenkmäler sowie geschützte Landschaftsbestandteile
- Feucht- und Nasswiesen, Moore und Quellgebiete
- Lebensräume besonders zu schützender Arten (z. B. Wiesenbrüter, Amphibienlebensräume, Gebiete mit Vorkommen des Feldhamsters oder von seltenen Ackerwildkräutern)
- Gebiete mit besonderer Empfindlichkeit des Landschaftsbildes sowie
- Flächen, die von Erholungssuchenden häufig und in großer Zahl genutzt werden.

2.2 Wasserrecht

Bei der Errichtung eines Tiergeheges sind die einschlägigen Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und Thüringer Wassergesetzes zu beachten. Der künftige Betreiber eines Tiergeheges sollte sich frühzeitig mit der unteren Wasserbehörde des Landkreises in Verbindung setzen.

Uferbereiche oberirdischer Gewässer sind nicht zu verbauen, nicht einzuzäunen und nicht für Ablagerungen zu nutzen. Als geschützter Gewässerrandstreifen nach § 38 WHG gilt ein 5m-Streifen beginnend an der Mittelwasserlinie bzw. bei ausgeprägter Böschung ab Böschungsoberkante landeinwärts. Ob der Zugang von Tieren zum offenen Gewässer gestattet wird, ist im Einzelfall zu entscheiden.

In Trinkwasserschutzgebieten kann die Tierhaltung und Beweidung ganz oder teilweise unzulässig sein, je nach gültiger Schutzgebietsverordnung. Wasserentnahmen für die Tränkung der Tiere bedürfen einer wasserrechtlichen Erlaubnis.

2.3 Forstrecht

Das Thüringer Waldgesetz stellt im § 15 die Waldweide unter Genehmigungsvorbehalt. Die Waldweide kann unter naturschutzfachlichen Zielstellungen von der unteren Forstbehörde genehmigt werden, sofern die Waldfunktionen nicht gefährdet werden.

2.4 Baurecht

Die geplante Errichtung des Geheges bedarf einer bauplanungs- und einer bauordnungsrechtlichen Beurteilung. Bauplanungsrechtlich ist ein Vorhaben, welches der landwirtschaftlichen Wildwiederkäuerhaltung dient, nach § 35 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) zu beurteilen. Danach ist es zulässig, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen und eine ausreichende Erschließung gesichert ist. Entgegenstehende Belange könnten zum Beispiel vorhandene naturschutz- oder wasserrechtliche Schutzgebietsausweisungen sein. Auf die beispielhafte Aufzählung öffentlicher Belange im § 35 Abs. 3 BauGB ist in diesem Zusammenhang hinzuweisen.

Das Ergebnis einer bauordnungsrechtlichen Beurteilung ist abhängig von der konkreten Eigenart des Vorhabens. Bei Einhaltung der Vorgaben des § 60 Abs. 1 Nr. 7b der Thüringer Bauordnung (ThürBO)

- offene, sockellose Einfriedung für Grundstücke die einem landwirtschaftlichen Betrieb dienen und ggf. des § 60 Abs. 1 Nr. 1 c ThürBO
- Gebäude ohne Feuerungsanlagen mit einer traufseitigen maximalen Wandhöhe von 5 m und einer maximalen Grundfläche von 100 m², wenn sie einem landwirtschaftlichen Betrieb dienen und nur zur Unterbringung von Sachen oder zum vorübergehenden Schutz von Tieren bestimmt sind

ist die Errichtung eines Geheges für die landwirtschaftliche Wildtierhaltung verfahrensfrei. Eine Baugenehmigung ist dann nicht erforderlich.

Wird das Wild nicht zum Zwecke der Landwirtschaft gehalten, richtet sich die Zulässigkeit der Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB. Diese sind nur im Einzelfall zuzulassen, wenn öffentliche Belange nicht beeinträchtigt werden und die Erschließung gesichert ist. Eine Baugenehmigung nach § 59 Abs. 1 ThürBO ist erforderlich.

2.5 Anzeigeverfahren nach Tierschutzrecht

Naturschutzrecht

Tiergehege sind nach der Definition des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) Einrichtungen, in denen Tiere wild lebender Arten außerhalb von Wohn- und Geschäftsgebäuden während eines Zeitraums von mindestens sieben Tagen im Jahr gehalten werden. Entsprechend § 43 (BNatSchG) sind die Errichtung, Erweiterung, wesentliche Änderung und der Betrieb eines Tiergeheges der zuständigen Naturschutzbehörde mindestens einen Monat im Voraus anzuzeigen. Die Behörde kann die erforderlichen Anordnungen treffen, damit das Gehege den naturschutzrechtlichen Anforderungen entsprechend errichtet bzw. erweitert wird.

Die einzelnen Bundesländer können bestimmte Erleichterungen bei den Anforderungen an ein Tiergehege bestimmen oder auch weiter gehende Vorschriften erlassen.

In Thüringen gilt derzeit hinsichtlich der Tiergehege noch das alte Thüringer Naturschutzgesetz. Dieses definiert Tiergehege als Anlagen, in denen Tiere besonders geschützter, wild lebender Arten in Gefan-

genschaft gehalten werden. Die üblicherweise in der landwirtschaftlichen Wildhaltung gehaltenen Arten Dam-, Rot-, Sika- und Muffelwild sind keine besonders geschützten Arten. Daher ist in Thüringen (noch) keine förmliche Anzeige eines solchen Tiergeheges an die Naturschutzbehörde erforderlich. Ist beabsichtigt, in einem Tiergehege mehr als fünf Arten von Schalenwild, das im Bundesjagdgesetz aufgeführt ist, zu halten, handelt es sich laut Bundesgesetzgebung um einen Zoo, der einer naturschutzrechtlichen Genehmigung bedarf.

Tierschutzrecht

Wer gewerbsmäßig Gehegewild halten will, hat dies nach § 11 Abs. 6 TierSchG vier Wochen vor Aufnahme der Tätigkeit der zuständigen Veterinärbehörde anzuzeigen.

Gattererweiterungen und die Haltung weiterer bisher nicht angezeigter Wildarten sind ebenfalls dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt zu melden.

Da neben der tierschutzrechtlichen Anzeige weitere öffentliche Belange vor Beginn des Gehegebaus zu prüfen sind, wird folgender Verfahrensablauf empfohlen:

1. Umfassende Informationen zur Sachkunde und zur Errichtung und Betreibung einer Gehegewildhaltung auf der Grundlage aktueller Rechtsvorschriften und der Leitlinie durch die zuständige Veterinärbehörde und/oder den Referenten für Wildhaltung der TLL.
2. Teilnahmeaufforderung am Grundlehrgang Wildhaltung für alle Neueinsteiger in dieses Verfahren
3. Vor Beginn des Gehegebaus sind die nachfolgenden öffentlichen Belange auf Antrag des Bauherrn mittels Anzeigeformular durch die zuständigen Behörden zu prüfen:
 - Tierschutzrechtliche Belange → zuständiges Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
 - Waffenrechtliche Belange → zuständige Waffenbehörde
 - Landwirtschaftliche Belange → zuständiges Landwirtschaftsamt
 - Baurechtliche Belange → zuständiges Bauordnungsamt
 - Umweltrechtliche Belange → zuständiges Umweltamt
 - Belange des Waldes → zuständiges Forstamt
4. Diese Aufzählung der im Regelfall zu beteiligenden Träger öffentlicher Belange ist nicht abschließend, da gegebenenfalls in Sonderfällen weitere Beteiligungen erforderlich sein können (z. B. Denkmalschutzbehörde).
5. Bau des Geheges, wenn keine öffentlichen Belange entgegenstehen
6. Anzeige der Aufnahme der Wildhaltung beim zuständigen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt vier Wochen vor dem Einsetzen der Tiere
7. Durchführung einer Vor-Ort-Kontrolle (Abnahme) mit schriftlichem Protokoll des errichteten und mit Tieren besetzten Geheges durch das zuständige Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt und den Fachberater Wildhaltung der TLL (einschließlich GPS-Vermessung ausgewählter Neugehege). Dabei wird die Umsetzung der Leitlinienanforderungen geprüft.

3 Produktionsverfahren

3.1 Zucht

Bei einem Gesamtbestand 2014 von über 4 928 adulten Zuchttieren Wildwiederkäuer dominiert das Damwild in Thüringer Gehegen mit einem Anteil von über 81 %, gefolgt von Rotwild mit 11 % sowie Muffelwild und Sikawild mit jeweils 4 %. Die Eignung der einzelnen Wildwiederkäuer zur Gehegehaltung wird in der Tabelle 2 dargestellt.

Systematische Zuchtmaßnahmen für Wildwiederkäuer sind nach BERGFELD (2006) nur sehr gering verbreitet. Die größten Probleme bei der züchterischen Arbeit ergeben sich in der Notwendigkeit der exakten Kennzeichnung und Dokumentation, der sicheren Zuordnung der erfassten Leistungsdaten sowie der Kenntnis der Abstammung.

Die Verbesserung der Tierleistungen dieser Wildarten in den Gehegen erfolgt vorrangig durch Selektion auf Gewicht, Trophäe, Aufzuchtleistung und Gesundheit. Der zweijährige Wechsel des Platzhirsches verhindert Inzuchtdepressionen. Zur Durchsetzung eines betrieblichen Herdenmanagement als Voraussetzung für Leistungssteigerungen wird die Kennzeichnung der Tiere empfohlen.

Tabelle 2: Eignung von Wildwiederkäuern zur Gehegehaltung

Parameter	Damwild	Rotwild	Sikawild Nippon/Dyb.	Muffelwild	Rehwild
Eignung für extensive Grünlandnutzung	+++	+++	+++	+++	+
Frühreife	++	++	++	+++	++
Fruchtbarkeit	++	++	++	+++	+++
Schlachtgewichte	++	+++	++/+++	+	+
Fleischqualität	+++	+++	+++	+++	+++
Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten	+++	+++	+++	++	+
Langlebigkeit	+++	+++	+++	+++	++
Gutartigkeit	+++	++	+++	++	++
Erregbarkeit	++	++	++	+++	+++

(+++ hoch, ++ mittel, + gering)

3.2 Haltung

Neben den allgemeinen Anforderungen an Haltungseinrichtungen sowie die Überwachung, Fütterung und Pflege in §§ 3 und 4 der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung werden für die nachfolgenden Parameter Definitionen und Richtwerte für eine tiergerechte Wildwiederkäuerhaltung empfohlen („Grundlagen und Richtwertekatalog der landwirtschaftlichen Gehegewildhaltung“, TLL 2012).

Gehegegröße Wildwiederkäuer neigen aufgrund ihrer Entwicklung zu Feindvermeidung und Flucht. Zur Tiergerechtigkeit gehört daher ein gewisses Maß an Bewegungsfreiheit. Die Mindestfläche (Äsungsfläche) für Dam-, Sika- und Muffelwildhaltung beträgt 1 ha, bei Rotwildhaltung 2 ha und bei Mischgehegen 3 ha.

Produktionseinheit

Cerviden Dam- (PED), Rot- (PER), Sikawild (PES):

- 1,0 Alttier
- 0,85 Kalb
- 0,85 Spießler bzw. Schmaltier
- 0,05Hirsch

Boviden Muffelwild (PEM):

- 1,0 Altschaf
- 0,95 Lamm
- 0,95 Jährlingswidder bzw. Schmalschaf
- 0,05 Widder

In Anlehnung an das Bundesjagdgesetz werden bis zum 31.03. die Jungtiere als Kälber (Lämmer) und ab 01.04. als Schmaltiere (Schmalschafe) bzw. Spießler (Jährlingswidder) bezeichnet.

Im darauf folgenden Jahr werden ab dem 01.04. aus den Schmaltieren (Schmalschafen) Alttiere (Altschafe) bzw. aus den Spießlern (Jährlingswiddern) Hirsche (Widder).

Großvieheinheiten (GV)-Schlüssel

Der auf der Grundlage des Lebendgewichtes und der Haltungsdauer beruhende GV-Schlüssel beträgt in der Regel (Vermarktungsalter der Jungtiere 17 bis 19 Monate) für eine Produktionseinheit

- Damwild (PED) 0,17 GV
- Rotwild (PER) 0,35 GV
- Sikawild nippon nippon (PESn) 0,13 GV
- Sikawild nippon dybowski (PESd) 0,24 GV
- Muffelwild (PEM) 0,14 GV

Besatzstärke

Die Besatzstärke gibt den Besatz der Weidefläche (Äsungsfläche) mit den insgesamt in einem Jahr darauf zu ernährenden Tierbestand an. Maßstab bei der landwirtschaftlichen Wildwiederkäuerhaltung ist die GV je ha. Die Besatzstärke darf 1,4 GV/ha Äsungsfläche nicht überschreiten, d. h. maximal

- Damwild 8,2 PED/ha
- Rotwild 4,0 PER/ha
- Rotwild (Kälbervermarktung) 5,0 PER/ha
- Sikawild nippon nippon 10,8 PESn/ha
- Sikawild nippon dybowski 5,8 PESd/ha
- Muffelwild 10,0 PEM/ha

Im Übrigen ist die Besatzstärke durch den Betreiber so zu wählen, dass sich die Wildwiederkäuer während der Vegetationszeit vorrangig von dem Pflanzenaufwuchs der Weide ernähren können.

Besatzdichte

Die Besatzdichte gibt die für einen bestimmten Zeitraum auf einer abgegrenzten und zugeteilten Weidefläche (Äsungsfläche) tatsächlich grasenden Großvieheinheiten an. Die unterschiedlichen Lebendgewichte (Wachstum) und Anzahl der Jungtiere (Setzzeit, Vermarktung) führen dazu, dass auch die zu einem bestimmten Zeitpunkt vorhandenen Großvieheinheiten Wild im Gehege variieren. Die Besatzdichte sollte aber zu keinem Zeitpunkt über 5,6 GV/ha sein.

Zaunbau und Gehegeeinrichtung

Die äußere Einzäunung ist aus einem tier- und umweltgerechten Knotengittergeflecht, das bei Dam-, Sika- und Muffelwild mindestens 1,80 m und bei Rotwild 2,00 m hoch sein muss, zu errichten. Der in der Regel stärker beanspruchte Zwischenzaun zur Unterteilung des Geheges sollte mindestens die gleiche Höhe und Drahtstärke wie der äußere Zaun haben. Der Außenzaun ist an der Gehegeinnenseite der Pfosten anzubringen. Durch einen niederwildernden Zaun und den entsprechenden Bodenschluss ist das Eindringen von Hunden bzw. ein Entweichen von Jungtieren zu verhindern. Die Wildart und das Gelände bestimmen die Ausführung von Drahtstärke (> 2 mm) und Pfostenabstand (5 bis 15 m). Bei wildlebenden Stand- bzw. Wechselwild der gleichen Wildart wie im Gehege ist besonderer Wert auf die Stabilität der Zaunanlage zu legen. Zur Abwehr von Brunftkämpfen und Fegen am Gehegezaun kann ein ganzjährig betriebener Elektrodraht an der Zauninnenseite (ca. 60 cm hoch und ca. 15 cm Abstand zum Zaun) Zerstörungen und Wildausbrüche verhindern. Als Pfähle sind handelsübliche Metall-, Kunststoff- bzw. Holzprofile zu verwenden, die nicht störend auf die Landschaft wirken. Die Zaunführung ist der Geländebesonderheit anzupassen. Der Verlauf des Zaunes darf keine spitzen Winkel aufweisen. Verletzungsgefahren müssen ausgeschlossen sein. Für das Wohlbefinden des Wildes ist das Vorhandensein von Witterungsschutz notwendig. Nur bei fehlendem natürlichen Schutz muss eine Bepflanzung und/oder eine bauliche Maßnahme erfolgen. In kleineren Gehegen bietet sich die Kombination von Schutz- und Fütterungseinrichtung an.

Fütterungs- und Tränkeinrichtungen sind so zu gestalten und zu platzieren, dass eine bedarfsgerechte und hygienische Versorgung aller Tiere möglich ist. Für rationiert zugeteilte Futtermittel muss ausreichend Trogfläche zur Verfügung stehen, damit alle Tiere gleichzeitig fressen können. Häufig begangene Wechsel oder die Fläche um die Futterstelle bzw. Tränkstelle sollten befestigt werden, um in niederschlagsreichen Regionen einer Aufweichung des Bodens vorzubeugen und den Schalenabrieb zu begünstigen.

In größeren Wildgehegen ist der Bau und die Nutzung einer Fanganlage als Voraussetzung für ein besseres Herdenmanagement zu empfehlen. Dadurch sind eine effektive Kennzeichnung, die Parasitenbehandlung und der Zuchttierverkauf möglich. Als Ergänzung bzw. als Alternative zur Fanganlage kann für Behandlungs- und Kontrollmaßnahmen am Tier die Immobilisation eingesetzt werden.

Die daraus resultierende bessere Herdenübersicht verbunden mit einer höheren Aufzuchtleistung ist ein wesentlicher Faktor für die Wirtschaftlichkeit der Wildhaltung. Bei Rotwildhaltung ist eine Suhle notwendig.

Zum sicheren und arbeitszeitsparenden Schießen ist in einer kleineren Abschusskoppel ein Hochstand so zu positionieren, dass in einer kurzen Zeiteinheit mehrere Schlachttiere zielgenau (maximale Entfernung 60 bis 80 m) geschossen werden können.

Sicherheit, Schutzbedürfnis und Sozialverhalten

Wild lebt in sozialen Gemeinschaften, die so genannten Rudel. Die Bildung von Gemeinschaften entspricht dem Sicherheitsbedürfnis. Neben dem Geweih bzw. Schnecke bei den männlichen Tieren hat das Wild keine Waffen zum Angriff oder zur Verteidigung. Die Hauptreaktion auf Gefahren ist grundsätzlich ein rechtzeitiges Erkennen der Gefahr und dann die gerichtete Flucht unter Führung des Leittieres. Die Erfahrung und die Reaktionssicherheit des Leittieres sind wesentliche Kriterien im Erkennen von Gefahren, im Verhalten des Rudels und letztendlich maßgebend für den Erhalt dieser Schutz- und Nutzgemeinschaft.

Zur Gewährleistung artspezifischer Rudelbildung muss der Mindestbestand je Wildart etwa fünf adulte Tiere (ein männliches und vier weibliche Tiere) betragen. Es ist ein Geschlechterverhältnis von mindestens einem männlichen Tier auf 20 adulte weibliche Tiere zugrunde zulegen. Sind mehrere männliche Tiere beigegeben, sollten sie unterschiedlichen Alters sein, um Forkelverluste zu vermeiden.

Das Schutzbedürfnis ist durch den Sozialverband bereits zum Teil gesichert. Innerhalb des Geheges kann es im Normalfall zu keiner Feindberührung kommen. Die Wildwiederkäuer reagieren aber auch auf Unregelmäßigkeiten außerhalb des Zaunes und pflegen eine Sicherheitsdistanz einzunehmen. Sicherheit fühlt das Wild durch Entfernung oder Deckung. Deshalb sollte bei schlauchartig angelegten Gehegen die Gatter- bzw. Koppelbreite mindestens 40 m auf dem überwiegenden Teil der eingezäunten Fläche betragen. Bäume oder Sträucher müssen als Sicht- und Witterungsschutz vorhanden sein. Gute Einstandsmöglichkeiten sind auch günstig für die Setzzeit und werden von rangniedrigeren Tieren als Rückzugsrefugien während der Brunftzeit genutzt. Setzzeit und Brunft sind im Jahreskreis kritische Phasen. Ausreichendes Flächenangebot, Deckung und viele Refugialzonen bieten den Tieren Schutz vor Bedrohung durch Feind, Artgenossen und andere Wildarten (Mischgehegen). Es sollten deshalb nur Grünlandflächen mit der Möglichkeit der Differenzierung aufgrund der Geländestruktur und Einstandsmöglichkeiten durch Baum- oder Strauchgruppen als Gehegestandorte genutzt werden.

Herdenstruktur

Unter Herdenstruktur ist die gemeinsame Haltung mehrerer Wildarten und/oder die Haltung einer Wildart getrennt nach Alter, Geschlecht oder Zuchtrichtung zu verstehen. Die Mehrzahl der Gehege (71 %) wird mit einer, 23 % mit zwei und 6 % mit drei bzw. vier Wildarten bewirtschaftet. Aus der Sicht des Herdenmanagements ist die Trennung der Arten zu bevorzugen. Das Führen einer separaten Jung- und Zuchttierherde innerhalb einer Wildart erleichtert die bedarfsgerechte Fütterung und Vermarktung. Dieses Verfahren erfordert mindestens vier, besser sechs Koppeln und eine Fanganlage.

Fruchtbarkeit- und Setzzeit

Rot-, Dam- und Sikawild beteiligt sich mit ca. 16 Lebensmonaten an der saisonal gebundenen Brunft (September, Oktober) und setzt die Kälber im Folgejahr von Mai bis Juli. Das Muffelwild ist schon im Geburtsjahr geschlechtsreif (Brunft im November) und kann mit einem Jahr zum ersten Mal lammen. Die Fütterung hat einen starken Einfluss auf den Eintritt der Geschlechtsreife. Während bei Schmaltieren mit einer Trächtigkeitsrate von ca. 70 % zu rechnen ist, sollten Alttiere bei intakten Umweltverhältnissen zu über 95 % trächtig werden. Eine Trächtigkeitsuntersuchung bei Gehegewild mittels Ultraschall ist bei Vorhandensein einer Fanganlage möglich. Die praxisreife Untersuchung bei Damwild ist in Problemherden mit niedriger Trächtigkeitsrate zu empfehlen. In der Regel wird ein Kalb bzw. Lamm mit einem Geburtsgewicht bei Muffelwild von 3 kg, Damwild 5 kg, Rotwild 10 kg und Sikawild (*nippon dybowskii*) 7 kg geboren.

Die Verluste an Jungtieren in den ersten Lebensmonaten können unter ungünstigen Bedingungen beachtlich sein. Ein Parameter zur Feststellung der Fortpflanzungs- und Aufzuchtleistung ist die Produktivitätszahl (PZ). Sie gibt das Verhältnis der Anzahl produktionswirksamer Kälber (Stichtag 31.03.) zur Anzahl Alttiere zu Beginn der Setzzeit im Vorjahr an (Muffelwild 1. April, Rotwild 1. Mai, Dam- und Sikawild 1. Juni). Anzustreben ist eine PZ von über 85 %. Die Fortpflanzungs- und Aufzuchtleistung bestimmt in hohem Maße die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens und kann durch ein optimales Herden- und Weidemanagements verbessert werden.

3.3 Fütterung

Bei der Ernährung von Dam-, Rot-, Sika- und Muffelwild sind die Grundsätze einer bedarfs- und wiederkäuergerechten Fütterung unbedingt einzuhalten. Fehler verursachen Schädigungen des Pansensystems. Geringere Zunahmen, Erkrankungen und Verluste sind die Folge. Die im Gehege gehaltenen Wildwiederkäuer unterliegen in ihrem Nährstoffbedarf und der Futterraufnahme nach wie vor einer lichtabhängigen Jahresperiodik und den Bedingungen im Gehege. Wir unterscheiden deshalb drei Fütterungsphasen im Jahresverlauf: die Sommer-, die Winter- und die Übergangsfutterperiode.

Sommerfütterung (Weide)

Während der Vegetationszeit soll sich das Gehegewild vorrangig von dem Pflanzenaufwuchs im Gehege ernähren. Dabei wird die bedarfsgerechte Fütterung von Besatzstärke, Weideertrag und Weidemanagement beeinflusst. Die wichtigsten Tierleistungen fallen in den Zeitraum der Weideperiode: Setzzeit und Milchproduktion der Alttiere, Wachstum der Jungtiere, Geweihentwicklung, Feistzeit und die Brunft.

Geeignete Standorte bezüglich der Ernährung der Wildwiederkäuer sind generell alle Grünlandflächen, soweit sie einen artenreichen Pflanzenbewuchs aufweisen und nicht großflächig von Staunässe oder regelmäßiger Überschwemmung bedroht sind.

Durch das Wild erfolgt eine sehr gleichmäßige Beweidung der Flächen ohne Geilstellen.

Die vorhandene Pflanzengesellschaft bleibt weitgehend erhalten. Wildwiederkäuer äsen vornehmlich Grundfutter in Form von Gräsern, Kräutern und Leguminosen. Dam-, Rot- und Sikawild sind „Intermediärtypen“. Das heißt bei ausreichendem Futterangebot äsen diese Wildwiederkäuer wählerischer, grasen weniger selektiv, wenn Fläche und Aufwuchs begrenzt sind. Der regelmäßige Verbiss fördert die Ausbildung dichter, grasreicher Weidenarben. Auf frischen Standorten mit geregelter Weidewirtschaft kann eine höhere Besatzstärke an Wild seine Futtergrundlage finden als auf Standorten mit unzureichenden Niederschlägen und ungenügendem Weidemanagement (Tab. 3).

Tabelle 3: Ertrag und Besatzstärke

Standort	Ertrag dt TM/ha	Besatzstärke GV/ha Äsungsfläche	Äsungsfläche/PE (ha)	
			Damwild	Rotwild
trocken	30	1,0	0,17	0,34
mittel	35	1,2	0,14	0,28
frisch	40	1,4	0,12	0,24

Durch die Hauptsetzzeit der Wildwiederkäuer von April bis Juni nimmt der Futterbedarf mit dem Wachstum der Kälber bzw. Lämmer zum Herbst hin zu, während der Futteranfall abnimmt. Koppelswirtschaft (mindestens drei Koppeln) und Mahd des überschüssigen Futters im Mai/Juni zur Heu- bzw. AWS-Gewinnung sowie gezielte Pflegemaßnahmen wie Düngung und Nachmahd sind Voraussetzung für ein bedarfs- und wiederkäuergerechtes Weidefutterangebot im Sommer und Herbst. Setzkoppeln sowie darin vorkommende einzelne Brennesselhorste werden bis zum Ende der Setzzeit (Anfang Juli) zum Schutz der neugeborenen Kälber nicht gemäht.

Ein Gehege sollte sowohl reich strukturierte Teilflächen/Koppeln als auch offene Weideflächen enthalten. Der Gehölzverbiss mindert bzw. verhindert die Verbuschung des Weidelandes, das Wild modelliert sich selbst eine parkähnliche Landschaft und hinterlässt Todholzanteil mit wertvollen faunistischen Nischen.

Winter- und Übergangsfütterung

Für die Beifütterung während der vegetationsarmen Zeit (Übergangsfütterung) und die Winterfütterung eignen sich strukturwirksame Grundfuttermittel wie Heu und Anwelksilage (AWS). Ziele der Übergangsfütterung sind u. a.: Ausschöpfung der Wachstumskapazität der Jungtiere, Verlängerung der Säugezeit sowie Anpassung an die Winter- bzw. Sommerfütterung. In der Winterfütterung geht es um den Erhalt der Körpersubstanz, bei Tolerierung von geringen Gewichtsverlusten. Bei schlechteren Grundfutterqualitäten (z. B. später Schnitt verbunden mit einem hohen Rohfaser- und geringen Energiegehalt) ist eine Kraftfutterzufütterung mit Getreide vorrangig an die Jungtiere begrenzt auf den Zeitraum März bis Mai zu empfehlen. Der Einsatz verschiedener Futtermittel und der unterschiedliche Bedarf des Wildes in den einzelnen Altersstufen und Jahreszeiten erfordert entsprechende Voraussetzungen für eine tiergerechte Fütterung. Die Trennung in Jung- und Alttierherde bzw. ein Kälberschlupf garantieren die separate Fütterung der Jungtiere.

Futterplanung

Eine Rationsberechnung und Futterplanung ist generell empfehlenswert, um eine bedarfsgerechte Futtergrundlage zu gewährleisten (Tab. 4 u. 5).

Bei einer unterstellten alleinigen Grundfütterung aus Heu bzw. Anwelksilage sind bei 180 Winterfüttertage in Abhängigkeit von der Besatzstärke und der Kraftfutterzufütterung ca. 300 bis 350 kg Originalmasse Heu bzw. 600 kg AWS je PED (entspricht einem Rundballen 1,50 m x 1,20 m) von Anfang November bis Ende April einzuplanen. Eventuell notwendige Kraftfuttermengen können auf ca. 25 kg Getreide je PED begrenzt und sollten zu ca. 90 % an die Jungtiere verabreicht werden. Die angegebenen Mengen für Grund- und Kraftfuttermittel beim Damwild (PED) sind für Rotwild (PER) zu

verdoppeln. Die zusätzliche Mineralstoffzufuhr erfolgt in den meisten Betrieben ganzjährig über Lecksteine. Angesichts der geringen Aufnahme von Mengen- und Spurenelementen über diese Steine ist davon auszugehen, dass der Bedarf nicht ausreichend abgedeckt wird. Ein Ausweg aus dieser Unterversorgung wäre die tägliche Gabe von pelletierten Kraftfuttermitteln, die mit den notwendigen Mineralstoffen und Vitaminen angereichert sind.

Tabelle 4: Täglicher Nährstoffmindestbedarf von **Damwild** (Winterfütterung) nach BOGNER, 1999

Altersgruppen	Körpergewicht (kg)	Trockenmasse (g)	Rohprotein (g)	Umsetzbare Energie (MJ)
Kalb	25 - 30	700 - 800	80 - 90	7,0 - 9,5
Schmaltier	30 - 40	800 - 950	80 - 100	7,5 - 9,0
Alttier	40 - 50	1 200	100 - 120	7,5 - 8,5
Hirsch	80 - 100	1 500	130 - 150	11,0 - 13,5

Tabelle 5: Täglicher Nährstoffmindestbedarf von **Rotwild** (Winterfütterung) nach BOGNER, 1999

Altersgruppen	Körpergewicht (kg)	Trockenmasse (g)	Rohprotein (g)	Umsetzbare Energie (MJ)
Kalb	46 ± 6	1 000 - 1 100	130 - 150	9,0 - 10,0
Schmaltier	75 ± 8	1 500 - 1 600	160 - 180	12,5 - 13,5
Alttier	90 ± 8	2 200 - 2 300	200 - 230	12,0 - 13,5
Hirsch	130 ± 20	3 000 - 3 200	280 - 320	15,0 - 18,0

Tränkwasser

Der tägliche Tränkwasserbedarf schwankt bei Dam-, Sika- und Muffelwild zwischen 1,0 bis 4,0 Liter/Produktionseinheit und bei Rotwild zwischen 4 bis 10 Liter/Produktionseinheit. Der von Lufttemperatur und Trockenmassegehalt des Futters abhängige Bedarf der Tiere, ist täglich abzusichern.

3.4 Tiergesundheit

Bei Wildwiederkäuern wird die jährliche Kontrolle des Endoparasitenbefalls durch Kotprobenuntersuchung empfohlen. Falls erforderlich muss nach Anweisung des betreuenden Tierarztes eine entsprechende Behandlung durchgeführt werden. Sorgfältige Hygienemaßnahmen helfen, den Bestand gesund zu halten. Bei jeder Medikamentenverabfolgung sind diese in einem Bestandsbuch über die Anwendung von Arzneimitteln nachzuweisen und die vorgeschriebenen Wartezeiten zu beachten (Tierhalter-Arzneimittel-Nachweisverordnung). Die Entfernung des Geweihs darf nur nach tierärztlicher Indikation und im Einzelfall zum Schutz des Hirsches, der Artgenossen und der Betreuer erfolgen. Die Geweihabnahme ist für medizinische Zwecke nicht erlaubt. Eingriffe, bei denen die Tiere mit Sicherheit oder aller Voraussicht nach Schmerzen erleiden, dürfen nur unter Verabreichung eines Betäubungsmittels von einem Tierarzt oder einer anderen qualifizierten Person durchgeführt werden.

Für die Teleinjektion/Teleimmobilisation des Wildes kann das zuständige Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt bei Nachweis der Sachkunde und des berechtigten Grundes auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung nach § 5 Tierschutzgesetz erteilen. Bei genehmigungspflichtigen Teleinjektionsgeräten ist die Schießerlaubnis bei entsprechender Sachkunde bei der zuständigen Waffenbehörde zu beantragen (analog Büchse).

Durch vertraute und fachkundige Personen wird eine unnötige Erregung der Tiere vermieden sowie eine sorgfältige Dosierung unter Beobachtung bzw. Lagerung des behandelten Tieres gewährleistet. Bei Geweihträgern besteht die Gefahr des Forkelns.

Bricht eine anzeigepflichtige Seuche aus oder zeigen sich Erscheinungen, die den Ausbruch einer solchen Seuche befürchten lassen, so hat der Besitzer der betreffenden Tiere unverzüglich dem zuständigen Veterinäramt Anzeige zu machen (§ 4 Tiergesundheitsgesetz).

Sollten Tiere plötzlich verenden ohne äußerlich sichtbare Krankheitsanzeichen oder eine größere Anzahl von Tieren Anzeichen einer Erkrankung zeigen, ist unverzüglich der betreuende Tierarzt oder der Amtstierarzt zu benachrichtigen. Die Untersuchung verendeter Tiere hat im Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz umgehend zu erfolgen.

Für den Transport von Gehegewild gelten die Vorschriften der Tierschutz-Transportverordnung. Beim Transport von Tieren in Einzelbehältnissen müssen diese so beschaffen sein, dass Verletzungen ausgeschlossen sind. Immobilisierte oder stark sedierte Tiere dürfen erst dann transportiert werden, wenn die Reaktionsfähigkeit wieder hergestellt ist.

Lebende Wildwiederkäuer sind nur in Gehege abzugeben bzw. einzusetzen, die nach § 11 Tierschutzgesetz angezeigt wurden. Das zuständige Veterinäramt kann die Kennzeichnung des Gehegewildes anordnen.

3.5 Abprodukte

Verendete und notgetötete Gehegetiere sowie Tierkörperteile und Schlachtabfälle sind nach dem Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz ordnungsgemäß über die Tierkörperbeseitigungsanstalt zu entsorgen. Die Ablieferungsbescheinigungen oder die Rechnungen sind aufzubewahren und bei Kontrollen auf Verlangen dem zuständigen Amtstierarzt vorzulegen.

3.6 Dokumentation

Es ist ein Gehegebuch zu führen. Es müssen neben dem Tierbestandsnachweis, Nachweise über Herkunft und Empfänger der Tiere, Medikamenteneinsatz, durchgeführte Pflegemaßnahmen auf dem Grünland, eingesetzte Futtermittel und besondere Vorkommnisse enthalten sein. Empfohlen wird das „Mustergehegebuch für landwirtschaftliche Wildhaltung“ (TLL), welches einerseits alle Vorgänge im Gehege dokumentiert und andererseits die Kontrollen der zuständigen Behörden erleichtert.

3.7 Fleischvermarktung

Die lebensmittelhygienischen Bedingungen für die Fleischvermarktung werden überwiegend von unmittelbar geltendem EU-Recht und den nationalen Durchführungsverordnungen bestimmt. Der Gehegewildhalter ist verantwortlich für die gesundheitliche Unbedenklichkeit und einwandfreie Beschaffenheit des von ihm vermarkteten Fleisches (Artikel 17 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002). Die Einhaltung der Hygiene- und Tiergesundheitsvorschriften bei Aufzucht und Haltung des Wildes ist Voraussetzung für die Vermarktung des Fleisches. Die Fleischgewinnung darf nur in einem zugelassenen Schlachtbetrieb erfolgen, der dem Haltungsbetrieb angeschlossen sein kann. Der Umfang der zu berücksichtigenden Hygieneanforderungen richtet sich unter anderem nach der vorgesehenen Vermarktungsform. Zur Sicherung der Rückverfolgbarkeit des Fleisches (Artikel 18 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002) hat der Gehegewildhalter über den Verbleib jedes einzelnen Tieres oder seines Fleisches Buch z. B. als Produktionsbuch zu führen, je nachdem, ob er das Fleisch selbst vermarktet oder die Tierkörper an einen zugelassenen Betrieb abgibt.

Betäuben und Töten

Gatterwild muss auf der Grundlage der VO (EG) Nr. 1099/2009 und der Tierschutz-Schlachtverordnung vom 20.12.2012 betäubt und getötet werden. Der gezielte Büchschuss auf den Kopf (Schädeldach) mit dem jeweils zugelassenen Kaliber ist die tierschutzgerechteste und vorrangig anzuwendende irreversible Betäubungsart. Beim Kopfschuss ist der Hirnschädel, der die knöcherne Kapsel um das Groß- und Kleinhirn bildet, durch das Projektil zu durchdringen, damit das Tier sofort betäubt und größtenteils getötet wird. Bei nicht korrekt betäubten Tieren muss nachbetäubt werden. Dafür geeignet sind die Büchse, eine Faustfeuerwaffe und der Bolzenschussapparat. Die Unternehmer stellen sicher, dass im Fall des Versagens des ursprünglich eingesetzten Betäubungsgerätes während der Betäubung sofort geeignete Ersatzgeräte an Ort und Stelle verfügbar sind und eingesetzt werden können. Der Tod des betäubten Tieres wird letztendlich durch das unverzügliche (ohne schuldhaftes Verzögerung) Ausbluten durch den Entblutungsschnitt (Durchtrennen der zwei Halsschlagadern bzw. Bruststich zum Durchtrennen der Hauptschlagader) herbeigeführt.

Die Betäubung und Tötung der Wildwiederkäuer darf laut Tierschutz-Schlachtverordnung nur von sachkundigen Personen durchgeführt werden. Die erforderliche Sachkunde ist im Rahmen einer Sachkundeprüfung nachzuweisen. Die Ausstellung des Sachkundenachweises erfolgt nach Antrag durch das am Wohnort zuständige Veterinäramt. Die laut Schießerlaubnis nach § 10 Waffengesetz eingetragene Person muss für das Betäuben und Töten von Wild in dem betreffenden Gehege die Sachkunde bzw. den Sachkundenachweis nach VO (EG) Nr. 1099/2009 in Verbindung mit Tierschutz-Schlachtverordnung nachweisen.

Notwendige technische Einrichtungen zum Schießen müssen unter Einhaltung der von der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft herausgegebenen Vorschriften für sichere Hochsitze und der Einhaltung der vorgeschriebenen Sicherheitsvorschriften in der Handhabung und dem Umgang mit Waffen errichtet werden.

Schlacht- und Fleischuntersuchung

In Gehegen gehaltenes Wild unterliegt vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung (Schlacht- und Fleischuntersuchung). Es gilt fleischhygienerechtlich nicht als erlegtes Wild, auch wenn es durch Büchschuss getötet wird. Die Schlacht- und Fleischuntersuchung ist beim zuständigen vom Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt für den Bereich beauftragten amtlichen Tierarzt anzumelden, spätestens 24 Stunden vor der beabsichtigten Schlachtung. Zur Durchführung der Schlachtuntersuchung muss der Haltungsbetrieb über geeignete Einrichtungen verfügen, die eine hinreichende Inaugenscheinnahme der Tiere durch den Tierarzt ermöglichen. Der amtliche Tierarzt darf die Schlachterlaubnis nur erteilen, wenn die Tiere klinisch gesund (keine gesundheitlich bedenklichen Merkmale entsprechend Punkt 1.3 der Anlage 4 der Tier-LMHV), die Herde tierärztlich überwacht wird und die Anforderungen an den Tierschutz erfüllt sind.

Bei Wildfarmen mit geringem Produktionsvolumen (Schlachtung von jährlich nicht mehr als 50 Stück) kann auf Antrag beim zuständigen Veterinäramt die Schlachtuntersuchung nicht innerhalb von 24 Stunden, sondern längstens 28 Tage vor der Schlachtung durchgeführt werden (§7b Tier-LMÜV). Voraussetzung ist, dass die Person die Kenntnisse einer kundigen Person besitzt und keine gesundheitlich bedenklichen Merkmale vorliegen und der amtliche Tierarzt der die Schlachtuntersuchung vornimmt eine Gesundheitsbescheinigung entsprechend §12a Tier-LMHV zur Schlachtstätte mitgibt. Des Weiteren ist eine schriftliche Erklärung (Datum und Uhrzeit, Schlachtung und Entbluten vorschrifts- und ordnungsgemäß, kein Verdacht auf Umweltkontaminanten, keine Verhaltensstörungen vorm Schlachten) der als kundig anzusehenden Person zur Schlachtstätte mitzugeben. Im Schlachtbetrieb wird nach Ankunft des Tierkörpers und der mitzuführenden Eingeweide unmittelbar nach dem Enthäuten die Fleischuntersuchung durchgeführt.

Bei Wildgehegen mit der Genehmigung „unter ähnlichen Bedingungen lebend wie frei lebendes Wild“ erfolgt die Schlachtuntersuchung durch den Jäger, wenn er kundige Person ist. Die amtliche Fleischuntersuchung ist nicht erforderlich, wenn eine Fleischuntersuchung von einem Jäger, der kundige Person ist, durchgeführt wird und keine gesundheitlich bedenklichen Merkmale festgestellt wurden und auch keine Hinweise auf Umweltkontaminationen vorliegen.

Bei Schlachtungen für den Eigenverbrauch erfolgt die Schlachtuntersuchung durch den amtlichen Tierarzt nur bei Störung des Allgemeinbefindens. Die Fleischuntersuchung hat immer durch einen amtlichen Tierarzt zu erfolgen.

Fleischhygiene

Die maßgeblichen Bestimmungen finden sich in Artikel 4 in Verbindung mit Anhang III Abschnitt III der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 und der Verordnung (EG) Nr. 852/2004.

Sobald eine eigene Schlachtung und Zerlegung betrieben werden soll, benötigt der Betrieb eine Zulassung als Schlacht- und Zerlegungsbetrieb, unabhängig von der Anzahl der zu schlachtenden Tiere. Betriebe, die die Schlacht- und Zerlegungstätigkeit neu aufnehmen, durchlaufen sofort das Zulassungsverfahren. Das Fleisch wird dann mit einem ovalen EU-Stempel versehen und ist europaweit handelbar. Aus einem zugelassenen Betrieb kann Fleisch uneingeschränkt vermarktet werden.

Anforderungen an einen zugelassenen Schlacht- und Zerlegungsbetrieb für Gehegewild

Die Räume unterliegen hinsichtlich ihrer Größe und Ausstattung bestimmter Mindeststandards. Böden und Wände müssen leicht zu reinigen und zu desinfizieren sein. Abwässer sind hygienisch abzuleiten. Die Ausrüstungsgegenstände sollen glatte Oberflächen aufweisen, die leicht zu reinigen sind. Eine ausreichende Kühlkapazität ist erforderlich. In den Arbeitsräumen müssen geeignete Handwascheinrichtungen vorhanden sein. Es sind hinreichende Eigenkontrollen in Bezug auf Sauberkeit und Kühltemperaturen vorzunehmen. Die Anforderungen im Einzelnen bestimmen sich nach der Zahl der vorgesehenen Schlachtungen und dem Umfang der Fleischzerlegung. Der Antrag auf Zulassung ist an das zuständige Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt zu richten. Dem Antrag sind eine

Beschreibung der vorgesehenen Arbeitsvorgänge und Schlachtzahlen sowie ein maßstabsgetreuer Betriebsplan beizufügen. Die Zulassung erfolgt je nach Umfang durch das zuständige Veterinäramt oder durch das Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz nach Überprüfung des Betriebes.

Anforderungen an Fleischgewinnung in einem betriebsfremden zugelassenen Schlachtbetrieb

Sofern die betrieblichen Gegebenheiten im Haltungsbetrieb einer Zulassung als Schlacht- und Zerlegungsbetrieb entgegenstehen, hat die Fleischgewinnung nach Schuss und Entbluten, ggf. Ausweiden vor Ort am Gehege, in einem anderen zugelassenen Schlachtbetrieb zu erfolgen. Diese Verfahrensweise bedarf der Genehmigung durch das zuständige Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt, das im Voraus über den Zeitpunkt der Schlachtung unter Benennung des vorgesehenen Schlachtbetriebes zu unterrichten ist. Für das Entbluten und Ausweiden am Gehege, das nur unter Aufsicht des Tierarztes erfolgen darf, müssen geeignete Einrichtungen vorhanden sein, mindestens ein überdachter, geschützter Platz mit befestigtem Untergrund. Die entbluteten und ggf. ausgeweideten Tiere sind unter hygienisch einwandfreien Bedingungen in einen zugelassenen Schlachtbetrieb zu befördern. Dauert der Transport länger als zwei Stunden, darf er nur unter Kühlung erfolgen. Eine Bescheinigung über die Schlachttieruntersuchung und die ordnungsgemäße Schlachtung ist mitzuführen. Die Zerlegung der Tierkörper kann nach Abschluss der Fleischuntersuchung und Erreichen einer Kerntemperatur von 7° C nach Rückverbringung im Herkunftsbetrieb vorgenommen werden, wenn dafür ein geeigneter Raum vorhanden ist, der die hygienischen Anforderungen erfüllt. Die Vermarktung des Fleisches darf in diesem Fall nur am Ort des Betriebes (regional) an den Endverbraucher oder Betriebe des Einzelhandels erfolgen. Maximal ein Drittel der jährlich gewonnenen Fleischmenge kann an örtliche Einzelhandelsunternehmen einschließlich Gastronomiebetriebe abgegeben oder auf dem Markt verkauft werden.

Verbleiben die Tierkörper nach der Fleischuntersuchung (ovaler EU-Stempel) in einem zugelassenen Betrieb und werden dort zerlegt und aus diesem vermarktet, bestehen keine Einschränkungen in den Vermarktungswegen.

Anforderungen an einen zugelassenen Schlachtbetrieb mit geringem Produktionsvolumen

Für Gehegewildhaltungen mit geringem Produktionsvolumen und der Ausnahmeregelung der Schlachttieruntersuchung (28 Tage Regelung) wird das Fleisch mit einem runden Stempel nach § 8 Abs. 5 i. V. m. der Anlage 1 Nr. 5 der Tier-LMÜV gekennzeichnet. Das Fleisch darf nur im Inland an den Endverbraucher oder in kleinen Mengen an den örtlichen Einzelhandel zur unmittelbaren Abgabe an den Endverbraucher abgegeben werden.

Anforderungen an die Vermarktung bei „unter ähnlichen Bedingungen lebend wie frei lebendes Wild“

Bei Gehegen „unter ähnlichen Bedingungen lebend wie frei lebendes Wild“ erfolgt die Genusstauglichkeitskennzeichnung durch die zuständige Veterinärbehörde nur bei gesundheitlich bedenklichen Merkmalen oder Verdacht auf Umweltkontaminationen mit einem quadratischen Stempel. Die Vermarktung des Fleisches unterliegt den gleichen Beschränkungen wie bei zugelassenen Schlachtbetrieben mit geringem Produktionsvolumen.

Die Anerkennung eines Geheges als „unter ähnlichen Bedingungen lebend wie frei lebendes Wild“ kann bei Einhaltung der folgenden Tierschutzkriterien durch die zuständige Veterinärbehörde erteilt werden:

- Gehegegröße: ≥ 5 ha
- Besatzstärke: $\leq 1,0$ GV/ha Äsungsfläche
- angemessene natürliche Strukturierung des Geheges
- festgelegter Winterfütterungszeitraum entsprechend der natürlichen Lage
- kein prophylaktischer Einsatz von Tierarzneimitteln





Anforderungen an die Schlachtung für den Eigenverbrauch

Bei Schlachtungen für den Eigenverbrauch gilt als Nachweis für die Fleischuntersuchung der Zahlungsbeleg. Eine Stempelung ist nicht erforderlich. Eine Abgabe aus Schlachtungen für den Eigenverbrauch ist grundsätzlich untersagt.

In der Tabelle 6 sind in Anlehnung an den Grundlagen- und Richtwertekatalog der landwirtschaftlichen Wildhaltung (TLL, 2012) alle Anforderungen an die einzelnen Kategorien der Fleischgewinnung und -vermarktung zusammengefasst dargestellt.

Tabelle 6: Schlachtung und Vermarktung Gehegewild

Anforderungen an Haltungsbetrieb (HB) Schlachtbetrieb (SB)	Schlachtung				
	in zugelassenem SB im HB	in zugelassenem Fremd-SB	in eigenem bzw. fremden zugelas- senen SB für Gehege mit geringem Produktionsvolumen (< 50)	in Gehegen „unter ähnlichen Bedingungen lebend wie lebendes Wild“	für Eigenverbrauch
Rechtliche Grundlage	VO (EG) 178/2002 VO (EG) 852/2004 VO (EG) 853/2004		VO (EG) 178/2002 VO (EG) 852/2004 VO (EG) 853/2004 Tier-LMÜV	VO (EG) 178/2002 VO (EG) 852/2004 Tier-LMHV Tier-LMÜV	VO (EG) 178/2002 VO (EG) 852/2004 Tier-LMHV Tier-LMÜV
Registrierung als Lebensmittelunternehmer (Fleisch-, Futtermittelerzeugung)	bei EU-Zulassung nein, Futtermittelerzeugung melden	ja	ja bzw. nein	ja	nein
Haltung, Fütterung, Arzneimittleinsatz	keine zusätzlichen Restriktionen	keine zusätzlichen Restriktionen	keine zusätzlichen Restriktionen	angepasste Besatzstärke, definierter Winter- fütterungszeitraum, keine prophylaktische Behand- lung, Deckung	keine Restriktionen
Zulassung des eigenen SB	ja	nein	ja bzw. nein	nein, bei größeren Schlacht- mengen, überregionalem Absatz ja	nein
Schlachten im Haltungsbetrieb (im Gehege)	Genehmigung durch zuständige Veterinärbehörde	Genehmigung durch zuständige Veterinärbehörde	Genehmigung durch zuständige Veterinärbehörde	keine Genehmigung durch zuständige Veterinärbehörde notwendig	keine Genehmigung
Schlacht tieruntersuchung durch Amtstierarzt (inkl. Bescheinigung)	ja innerhalb von 24 h vor der Schlachtung	ja innerhalb von 24 h vor der Schlachtung	ja innerhalb von 28 Tagen vor der Schlachtung	nein	nein, nur bei Störung des Allgemeinbefindens
Schlacht tieruntersuchung durch „kundige Person“	nein	nein	ja	ja	nein
Gesundheitsbescheinigung durch amtlichen Tierarzt	ja	ja	ja	ja	nein
Erklärung durch kundige Person	nein	nein	ja	ja	nein
Erklärungen des Tierhalters	ja, Information zur Lebensmittelsicherheit (= Standarderklärung)	ja, Information zur Le- bensmittelsicherheit (= Standarderklärung), Erklärung über korrektes Schlachten und Entbluten	ja, Information zur Lebensmittelsi- cherheit (= Standarderklärung), Erklärung über korrektes Schlach- ten und Entbluten	ja, Information zur Lebensmittelsicherheit (= Standarderklärung)	nein, Zahlungsbeleg Fleischuntersuchung

Anforderungen an Haltungsbetrieb (HB) Schlachtbetrieb (SB)	Schlachtung				
	in zugelassenem SB im HB	in zugelassenem Fremd-SB	in eigenem bzw. fremden zugelassenem SB für Gehege mit geringem Produktionsvolumen (< 50)	in Gehegen „unter ähnlichen Bedingungen lebend wie lebendes Wild“	für Eigenverbrauch
Fleischuntersuchung durch amtlichen Tierarzt	ja (im zugelassenen Schlachtbetrieb)	ja (im zugelassenen Schlachtbetrieb)	ja (im zugelassenen Schlachtbetrieb)	nein - wenn Jäger! ja, wenn bedenkliche Merkmale	ja
Stempelform Genusstauglichkeit amtlicher Tierarzt (nicht Größenecht!)	oval mit EG-Nr. des eigenen zugelassen SB 	oval mit EG-Nr. des Fremd-SB 	rund mit zuständiger Veterinärbehörde 	nur wenn bedenkliche Merkmale, quadratisch mit zuständiger Veterinärbehörde 	Zahlungsbeleg als Nachweis
Stempelform Genussuntauglichkeit amtlicher Tierarzt	dreieckig mit zuständiger Veterinärbehörde	dreieckig mit zuständiger Veterinärbehörde	dreieckig mit zuständiger Veterinärbehörde	dreieckig mit zuständiger Veterinärbehörde	dreieckig mit zuständiger Veterinärbehörde
Vermarktung	europaweit, keine Einschränkung	europaweit, keine Einschränkung	Inland, 100 km-Bereich, kleine Mengen, Endverbraucher u. örtlichen Einzelhandel, keine Abgabe an zugelassene Betriebe	Inland, 100 km-Bereich, kleine Mengen, Endverbraucher u. örtlichen LEH keine Abgabe an zugelassene Betriebe	nein, ohne jegliche Abgabe ausschließlich Eigenverbrauch
Abgabe und Rücknahme von Fleisch bzw. Fleischerzeugnissen aus Verarbeitungsbetrieben	uneingeschränkt, wenn als Verarbeitungsbetrieb zugelassen	uneingeschränkt, wenn als Verarbeitungsbetrieb zugelassen	Abgabe an Fleischerei ohne Zulassung aber keine Rücknahme z. B. von Wurst möglich	Abgabe an Fleischerei ohne Zulassung aber keine Rücknahme z. B. von Wurst möglich	nein, ohne jegliche Abgabe

4 Verfahrensbewertung

4.1 Verfahrensökonomie

Der Anteil des Damwildes an der landwirtschaftlichen Wildwiederkäuerhaltung beträgt 81 % (s. Punkt 3.1). Die Mehrzahl der errichteten Gehege befindet sich auf Grünlandflächen im benachteiligten Gebiet. Aus diesem Grund erfolgt die verfahrensokonomische Bewertung am Beispiel des Produktionsverfahrens Damwildhaltung für die o. g. Standorte. Die Verfahrensökonomie liefert Richtwerte für die Planung und das Anzeigeverfahren des Wildbetriebes sowie zur laufenden Kontrolle des wirtschaftlichen Ergebnisses.

Der verfahrensökonomischen Bewertung liegen zwei Leistungsstufen der Wildhaltung für die Parameter Aufzuchtleistung, Schlachtkorpengewicht und Vermarktungserlos bei unterschiedlicher Ertragsfähigkeit des Grünlandes (niedrige bzw. hohe Ertragsstufe) zugrunde.

Die entsprechenden statistischen Daten dazu liefert das seit mehreren Jahren betriebene Informationssystem Wildhaltung. Das grundsätzliche methodische Vorgehen für die Kalkulation verfahrensökonomischer Richtwerte ist unter www.thueringen.de/th9/tll („Betriebswirtschaftliche Richtwerte - allgemeine Erläuterungen“) hinterlegt. Als zeitlicher Bezug für die Berechnungen gelten die Regelungen der EU-Agrarpolitik für die Jahre 2014 bis 2020.

Parameter

Die entscheidenden Einflussgroen auf die Wirtschaftlichkeit der Damwildhaltung in den Intensitätsstufen sind die Höhe des Grunlandertrages, der Besatzstärke sowie die Fortpflanzungs- und Aufzuchtleistung, die Anzahl der vermarkteten Jungtiere, das Schlachtkorpengewicht und der erzielbare Preis bei Vermarktung der Schlachtkörper in Teilstücken. Die in der Tabelle 1 ausgewiesenen Durchschnittswerte für die einzelnen Parameter des Leistungsniveaus „Wildbetriebe gesamt“ beruhen auf der Auswertung von Ist-Ergebnissen aus 14 Referenzbetrieben im Rahmen des Thüringer Informationssystems Wildhaltung. Bei den Parametern für „Wildbetriebe der oberen Hälfte“ handelt es sich um Spitzenergebnisse von ausgewählten Kennzahlen aus diesen Betrieben. Die Daten der anderen Parameter für die einzelnen Stufen, wie z. B. Futter- und Arbeitszeitbedarf sowie Investitionsbedarf für Gehege und Aufbau einer Direktvermarktung wurden aufgrund von betrieblichen Einzel- bzw. Erfahrungswerten sowie von Angaben aus der Literatur und Handlerbefragungen kalkuliert. Mit dem erstellten naturalen und finanziellen Grundgerüst an Richtwerten erfolgte eine Kosten-Leistungsrechnung als Basis für eine anschließende betriebswirtschaftliche Bewertung der Damwildhaltung in Abhängigkeit von unterschiedlichen Leistungs- und Ertragsstufen (Tab. 8).

Leistungen

Zwischen den Leistungsstufen Wildbetriebe gesamt und Wildbetriebe obere Hälfte ist ein deutlicher Unterschied in Höhe von 19 bis 22 % bei den Leistungen festzustellen. Der entscheidende Einfluss hierfür geht von den Parametern Fortpflanzungs- und Aufzuchtleistung, Schlachtkorpengewicht und mittlerem Preis für Schlachtkörper und Teilstücke aus. Den groten Erlösanteil mit etwa 70 % erbringt das Hauptprodukt Jungtierfleisch. Die Spieer und Schmaltiere werden im Schlachalter von durchschnittlich 17,5 Monaten (Tab. 6) vermarktet. Die erzielbaren Preise im mittleren bzw. gehobenen Preissegment sind in erster Linie mit einem festen Kundenstamm und zur saisonalen Hauptzeit der Nachfrage (4. Quartal des Jahres) durchsetzbar. Die Ausrichtung auf dieses Hochpreisniveau zum Jahresende ist mit einer hohen betrieblichen Arbeitsspitze verbunden. Zum anderen entstehen den Betrieben zusätzliche Futterkosten durch eine vom Absatz bestimmte Verlängerung des Haltungszeitraumes der bereits Ende September vorhandenen schlachtreifen Tiere. Die Erlöse aus dem Zuchttierverkauf nehmen lediglich einen Anteil von etwa 10 % an den Leistungen ein. Dieser relativ niedrige Umfang wird sich voraussichtlich weiter verringern, da nur vereinzelt neue Gehege entstehen. Ein deutlicher Mehrerlös im Vergleich zur Fleischvermarktung fällt kaum an. Lediglich der sonst übliche Aufwand für Schlachten, Zerlegen und Fleischverkauf kann bei dieser Lebendviehvermarktung eingespart werden.

Beim Wechsel der Bezugsbasis für die Leistungen von der Produktionseinheit Alttier auf den genutzten GL-Hektar kommt es durch die Einbeziehung der flächenabhängigen Einflussgrößen GL-Ertrag und Besatzstärke zu einer Differenzierung in allen Stufen. So erreicht die Variante das höchste Leistungsniveau, bei der die höchstmöglichen tier-, preis- und standortabhängigen Werte miteinander kombiniert sind. Die jeweils höhere Intensität in der Flächennutzung führt letztendlich zu einem besseren Ergebnis.

Kosten

Die differenzierte Höhe der Kosten durch verfahrens- und standortbedingte Unterschiede ist im Gegensatz zur Position Leistungen bei beiden Bezugsgrößen (je PED und je GL-ha) festzustellen. Als Tendenz kann man erkennen, dass die Gesamtkosten je Produktionseinheit bei der mit höherer Intensität ausgelegten Variante stets niedriger ausfallen. Die Kostendifferenz beträgt im Mittel jeweils etwa 9 % zwischen den unterschiedlichen GL-Standorten und zwischen den beiden Leistungsstufen der Wildbetriebe. Bei Bezug der Gesamtkosten auf den genutzten Hektar kehren sich die Verhältnisse um. So entstehen um etwa 12 % höhere Kosten durch die um 2 Produktionseinheiten größere Besatzstärke auf den ertragreicheren Flächen gegenüber dem niedrigeren Ertragsniveau. Die Ursache hierfür resultiert aus dem relativ geringen Einsparungsbetrag je Produktionseinheit in Relation zu einer hohen Reduzierung des Flächenbedarfes. Ein Vergleich der Kosten zwischen den beiden Gruppen Wildbetriebe bei gleicher Ertragsstufe ist aufgrund verfahrensspezifischer Unterschiede (z. B. Fortpflanzungs- und Aufzuchtleistung, Kälberaufzuchtverluste) nicht möglich. Dies spiegelt sich in fast allen Einzelpositionen der Direktkosten wider. Eine Ausnahme hiervon bilden die Grundfutterkosten, kalkuliert ohne jegliche Prämien nach TLL-Richtwerten. Mit steigendem Ertrag bei gleichbleibender Zahl der Aufwüchse wird eine Kostendegression von etwa 8 % in beiden Leistungsstufen der Wildbetriebe erreicht. Sie stellen die höchste Einzelposition innerhalb der Direktkosten und die zweithöchste von allen Einzelpositionen dar. Hier besteht ein mögliches Einsparpotenzial für eine Aufwandsenkung.

Bei Betrachtung der einzelnen Blöcke innerhalb der Gesamtkosten ergibt sich ein recht unterschiedliches Kostenbild. Der aus Arbeits- und Maschinenkosten für Tierbetreuung und Direktvermarktung zusammengesetzte Block Arbeiterledigungskosten nimmt mit einem mittleren Anteil von 48 % an den Gesamtkosten deutlich die Spitzenposition bei allen Stufen ein. Danach folgen die Blöcke mit durchschnittlichen Werten bei Direktkosten von etwa 31 %, bei Gebäudekosten für Vermarktungseinrichtung von etwa 13 % und bei Kosten für die Gehegeeinrichtung von etwa 7 %.

Ergebnis

Insgesamt lässt sich aus der Berechnung des Saldos von Kosten und Leistungen feststellen, dass die untersuchten Intensitätsstufen ohne staatliche Zuschüsse bzw. Beihilfen ein eindeutig defizitäres Ergebnis erzielen. Die Wildbetriebe der oberen Hälfte schneiden im Vergleich zu den Wildbetrieben gesamt jeweils auf den GL-Standorten von niedrigem und hohem Ertrag deutlich günstiger ab. Die Ergebnisverbesserung beläuft sich auf etwa 37 €/PED im Mittel beider Standorte. Diese Tendenz trifft auch für die auf den Hektar Grünland bezogene Basis zu. Entsprechend der Flächenausstattung liegt der Differenzbetrag für das niedrige Ertragsniveau bei 176 €/ha und für den besseren Standort bei 227 €/ha. Hauptursache für das Vorhandensein eines negativen Ergebnisses ist trotz Steigerung der Fortpflanzungs- und Aufzuchtleistung und höherer Vermarktungserlöse in den wirtschaftlich stärksten Wildbetrieben ein nicht kostendeckender Verkaufspreis bei der Fleischvermarktung. Auch kapital- und damit kostensparende Lösungen im Bereich der Direktvermarktung und Gehegeeinrichtung wurden bereits in den Berechnungen berücksichtigt. Demzufolge sind die Wildbetriebe unabhängig von ihrer erreichten Leistungsstufe auf staatliche Unterstützung angewiesen. Das gilt besonders hinsichtlich der extensiven Grünlandnutzung. Bei der Kalkulation wurde die Betriebsprämie 2014 für die ersten 30 ha in Höhe von insgesamt 338 €/ha sowie eine Ausgleichszulage für benachteiligtes Gebiet in Höhe von 82 €/ha berücksichtigt. Die KULAP-Förderung

wird von Wildbetrieben kaum genutzt (artenreiches Grünland, Ökolandbau) bzw. berücksichtigt die Wildhaltung nicht (Biotopgrünland).

Auch unter den praktizierten Förderbedingungen (2014) ist ein rentables Ergebnis selbst bei einem hohen Leistungsniveau und Grünlandertrag kaum erreichbar. Eine weitere Erhöhung der Schlachtkörpererlöse um 6 bis 10 % wäre für ein ausgeglichenes Ergebnis notwendig. Problematischer ist die Senkung der Ansprüche an die Bezahlung der Arbeitskraft. Bei den Varianten mit hohen Leistungen wird die Arbeit mit 83 bis 90 % des Tariflohns (10,12 €/h) vergütet und bei durchschnittlichen Leistungen nur mit 53 bis 57 %. Die ausreichende Bezahlung der Arbeitskraft ist aber für eine nachhaltige Sicherung der Existenz der Wildbetriebe von Bedeutung. Als finanziell günstigste Variante erweist sich die Damwildhaltung auf ertragreichem Grünland bei angepasster Besatzstärke mit beispielhaften Fortpflanzungs- und Aufzuchtleistungen, hohen Schlachtkörpergewichten sowie maximal erzielbaren Vermarktungserlösen. Dann liegen die Verluste bei lediglich 67 €/ha. Für die Betriebe im nicht benachteiligten Gebiet ist die Leistungssteigerung umso dringlicher.

Fazit

Abschließend ist festzustellen, dass die Damwildhaltung einen wichtigen Beitrag zur extensiven Bewirtschaftung von Grünland und zur regionalen Bereicherung des Fleischsortimentes leistet. Schlussfolgernd wird eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in folgenden Schwerpunkten gesehen:

- Das Betreiben der Gehege ist nach einem straffen Herden- und Weidemanagement zur Erzielung hoher tierischer Leistungen durchzuführen.
- Die Erweiterung des Kundenstammes durch ein gegebenenfalls umfangreicheres Warensortiment und die Durchsetzung von höheren Erlösen je Schlachtkörper mit größeren Anteilen im oberen Preissegment ist anzustreben. Das ermöglicht eine Steigerung der Umsatzerlöse und somit eine Ergebnisverbesserung.
- Staatliche Zuwendungen und Beihilfen sind in jedem Fall erforderlich.
- Die Rentabilität des Verfahrens Wildhaltung ist Voraussetzung dafür, dass weitere Gehege entstehen und bestehende Betriebe zukünftig weiterhin Wildfleisch produzieren können.

4.2 Tiergerechtigkeit und Umweltverträglichkeit

Die Grundlagen für eine tier- und umweltgerechte Wildwiederkäuerhaltung in Thüringen bilden die einheitliche Umsetzung des Anzeigeverfahrens unter Punkt 2.5 und die Einhaltung der fachspezifischen Anforderungen dieser Leitlinie bei der Betreibung der Wildhaltung.

Tabelle 7: Betriebswirtschaftliche Richtwerte zur Wirtschaftlichkeit der Damwildhaltung bei Direktvermarktung und unterschiedlicher Intensität im benachteiligten Gebiet

lfd. Nr.	Art	ME	Leistungs- und Ertragsstufen (Besatzstufen)			
			Wildbetriebe im Durchschnitt		Wildbetriebe der oberen Hälfte	
			niedriger GL-Ertrag (niedriger Besatz)	hoher GL-Ertrag (hoher Besatz)	niedriger GL-Ertrag (niedriger Besatz)	hoher GL-Ertrag (hoher Besatz)
1	Parameter					
1.1	Gehegefläche	ha	10	10	10	10
	Anteil Äsungsfläche	%	95	95	95	95
1.2	futterbedarfsgerechte Außenfläche	ha	2,5	3,3	2,7	3,7
1.3	GL-Flächenbedarf (Gatter- u. Außenfl.)	ha/PED	0,21	0,17	0,22	0,17
1.4	GL-Bruttoertrag	dt TM/ha	30	40	30	40
1.5	Besatzstärke (Gatteräsungsfläche)	PED/ha ÄF	6,0	8,0	6,0	8,0
		GVE/ha ÄF	1,0	1,32	1,0	1,37
1.6	Fortpflanzungs- u. Aufzuchtleistung	%	80,0	80,0	90,0	90,0
1.7	Schlachtkörpergewicht (fettkorrig.) ST bzw. SP	kg/Tier	20/24	20/24	22/26	22/26
1.8	mittl. Vermarktungserlös f. Schlachtkörper	€/kg SG	9,50	9,50	10,50	10,50
1.9	Schlachalter Schmaltiere u. Spießler	Mon.	17	17	17	17
1.10	Zuchtstierverkauf weibl. Nachzucht (ST)	%	20	20,0	20,0	20,0
1.11	Reproduktionsrate	%	11,0	11,0	11,0	11,0
1.12	Grundfutterbedarf	dt TM/PED	6,71	6,71	6,90	6,92
1.13	Kraftfutterbedarf	dt TM/PED	0	0	0	0
1.14	Gesamtarbeitszeitbedarf ¹⁾ (einschl. Leitungsanteil) ¹⁾	AKh/PED	11,39	11,07	12,00	11,71
1.15	dav. Futterproduktion	AKh/PED	3,21	3,65	3,29	3,79
1.16	dav. Haltung u. Vermarktung	AKh/PED	8,18	7,42	8,71	7,92
1.17	Anschaffungspreis Gehege ²⁾	€/ha	1 533	1 740	1 533	1 740
		€/PED	269	229	269	229
1.18	Anschaffungspreis Direktvermarktung ³⁾	€/PED	568	502	599	531
1.19	mittl. Kapitalbindung (Anlage-, Vieh- u. Umlaufverm.)	€/PED	853	783	892	821
		€/ha	4 863	5 954	5 084	6 238
2	Leistungen					
2.1	Fleischerzeugung	€/PED	165,64	166,64	215,84	215,84
2.1.1	dav. Schmaltiere und Spießler	€/PED	125,01	125,02	170,93	170,93
2.1.2	dav. Alttiere und Hirsch	€/PED	40,63	40,63	44,91	44,91
2.2	Zuchtvieh	€/PED	19,01	19,01	21,39	21,39
2.2.1	dav. Schmaltiere	€/PED	15,05	15,05	16,93	16,93
2.2.2	dav. Spießler	€/PED	3,96	3,96	4,46	4,46
2.3	Summe Leistungen	€/PED	185	185	237	237
		€/ha	844	1 085	1 066	1 316

lfd. Nr.	Art	ME	Leistungs- und Ertragsstufen (Besatzstufen)			
			Wildbetriebe im Durchschnitt		Wildbetriebe der oberen Hälfte	
			niedriger GL-Ertrag (niedriger Besatz)	hoher GL-Ertrag (hoher Besatz)	niedriger GL-Ertrag (niedriger Besatz)	hoher GL-Ertrag (hoher Besatz)
3	Kosten					
3.1	Tierzukauf Hirsch	€/PED	14,00	14,00	14,00	14,00
3.2	Kraft- u. Mineralfutterzukauf (kein KF-Einsatz)	€/PED	1,28	1,28	1,28	1,28
3.3	Tränkwasser aus Netz	€/PED	1,00	1,00	1,00	1,00
3.4	Vermarktungskosten	€/PED	15,79	15,79	17,42	17,42
3.5	Sonstige Kosten	€/PED	5,34	5,34	5,57	5,57
3.6	Herstellungskosten Grundfutter (IU)	€/PED	64,26	59,06	65,72	60,73
3.7	Direktkosten	€/PED	102	96	105	100
3.8	Personalkosten ⁴⁾	€/PED	129,34	117,39	137,63	125,25
	Arbeitszeitbedarf	AKh/PED	11,39	11,07	12,0	11,71
		AKh/ha	54,2	65,9	56,1	67,4
3.9	variable Maschinenkosten	€/PED	21,98	19,36	23,04	20,30
3.10	Abschreibung Maschinen	€/PED	9,20	8,17	9,65	8,56
3.11	Arbeiterledigungskosten	€/PED	161	145	170	154
3.12	Instandhaltung f. Gehege u. Einrichtung	€/PED	5,80	5,00	5,80	5,00
3.13	Abschreibung f. Gehege u. Einrichtung	€/PED	19,90	17,00	19,90	17,00
3.14	Instandhaltung f. Vermarktungseinrichtung	€/PED	11,40	10,25	12,11	10,94
3.15	Abschreibung f. Vermarktungseinrichtung	€/PED	30,50	27,71	32,62	29,67
3.16	Gehege- u. Vermarktungskosten	€/PED	67	60	71	63
3.17	allgemeiner Betriebsaufwand	€/PED	4	4	4	4
3.18	Summe Kosten	€/PED	334	305	350	321
		€/ha	1527	1750	1573	1781
4	Ergebnis					
4.1	Ergebnis ohne Zuschüsse	€/PED	- 149	- 121	- 113	- 84
		€/ha	- 683	- 692	- 507	- 465
4.2	staatliche Zuwendungen u. Beihilfen (Betriebsprämie u. Ausgleichszulage 2014)	€/PED	88	70	89	72
		€/ha	404	400	402	398
4.3	Ergebnis mit Zuschüssen	€/PED	- 61	- 51	- 23	- 12
		€/ha	- 279	- 292	- 105	- 67

¹⁾ Tierbetreuung, Futterproduktion und Direktvermarktung (einschl. ant. Leitung und Verwaltung)

²⁾ einschl. Einrichtung (Raufen, Kraftfutterbehälter, Tröge, Tränken, Fanganlage, Hochsitz)

³⁾ Neuwert von Schlacht-, Zerlege- und Kühlraum

⁴⁾ Stundenlohnanatz 10,12 €/ AKh + 55 % Personalnebenkosten sowie 10 % Zuschlag für Leitung und Verwaltung vom technologischen Personalaufwand